



WAHLEN

Nach der Wahl ist vor der Wahl! Alles wird gut!?

Von Josef Schneider, Landesvorsitzender

„Noch 15 Tage bis zum Wechsel.“ So oder ähnlich macht zurzeit die CDU in Berlin sich selbst Hoffnung, nach dem 18. September irgendeine Bundesregierung zu führen. Glaubt man den Wahlforschern und den Meinungsforschungsinstituten, dann ist eine Regierung ohne die Beteiligung der CDU/CSU nicht vorstellbar. Deshalb glauben wir also, dass der groß angekündigte Politikwechsel nach der Wahl stattfinden wird.

Dann wird alles besser. Es gibt mehr Arbeitsplätze, die Wirtschaft in Deutschland boomt und damit steigen endlich die Steuereinnahmen in dem Maße, wie das Frau Merkel und ihre Getreuen seit langem versprechen. Zwei Prozent weniger für die Arbeitslosenversicherung und dafür zwei Prozent mehr Mehrwertsteuer. Dadurch wird sich der gewünschte Erfolg schon einstellen. Schön wäre das ja, allein so einfach wird es wohl nicht werden.

Wenn man sich dazu vorstellt, dass es derzeit keinerlei begründete Aussicht auf Lohnsteigerungen für die Polizeibeschäftigten des Landes gibt, dafür aber die begründete Aussicht auf weitere Preissteigerungen durch die Anhebung der Mehrwertsteuer – das gilt auch für die gesamten jetzt bereits explodierten Energiekosten –, dann kann man (leider) gar nicht so richtig daran glauben, dass die daniederliegende Binnenkonjunktur so zum Laufen gebracht werden soll.

Gerechtigkeit?

Alle zahlen dann den gleichen Steuersatz – oder doch nicht (?). Keiner soll sich durch irgendwelche Schlupflöcher davonstehlen können! Immer nach dem Motto: „Alles wird gut!“

Versteuerung der Zulagen!

Noch in diesem Jahr wird die neue Bundesregierung zeigen, dass man es ernst meinte, als uns im Wahlkampf versprochen wurde, dass in Zukunft die Zulagen für Schichtdienst und den Dienst zu ungünstigen Zeiten versteuert werden sollen, dass die Pendlerpauschale gestrichen oder deutlich geschmälert werden soll.

Gürtel noch enger schnallen!

Wenn dann die CDU/CSU noch ihre Vorstellungen von der Gesundheitsprämie tatsächlich umsetzen sollte, dann würden bei vielen Polizeibeamtinnen/-beamten in den Besoldungsgruppen A7 und A8 deutliche Finanzierungslücken offenkundig werden. Aber in dieser Frage hilft uns ja die von Herrn Merz verkündete Hoffnung, dass dies die FDP verhindern werde.

Weitere indirekte Kürzungen

Nach den direkten Kürzungen unserer Einkommen durch die Landesregierung (Wegfall des



Josef Schneider

Urlaubsgeldes, Kürzung des Weihnachtsgeldes, Verlängerung der Wochenarbeitszeit ohne Lohnausgleich) jetzt also weiter indirekte Kürzungen durch die neue Bundesregierung (Besteuerung der Schichtzulagen, Kürzung der Pendlerpauschale, Erhöhung der Mehrwertsteuer)! Dass wir Polizistinnen und Polizisten damit ganz besonders getroffen werden, wurde entweder bisher nicht erkannt oder ganz bewusst verschwiegen. Ich habe auch noch niemanden gehört, dem bei dem Problem der Besteuerung von Schichtzuschlägen die vielen Polizeibeamtinnen und -beamten in den Sinn gekommen sind. Und wenn dann Herr Merz im Fernsehen mit einem Dackelblick erklärt, es gehe da ums Prinzip, denn für die gerechte Entlohnung von Schicht- und Nachtarbeit sei der Arbeitgeber und nicht der Staat zuständig und dabei darauf hinweist, dass im Rahmen von Tarifabschlüssen diese Zuschläge neu geregelt werden könnten, dann muss man schon aufpassen, dass man nicht sarkastisch wird. Glaubt allen Ernstes jemand, dass es im öffentlichen Dienst in der

nächsten Zeit höhere Zuschläge geben wird, durch die die Besteuerung kompensiert werden könnte?

Jeder, der es wissen wollte, hat vor der Wahl gewusst, was kommt!

An dieser Stelle könnte jemand anmerken, dass man dies früher hätte sagen und schreiben müssen. Diesem Einwand muss ich entgegenhalten, dass man mir dann Parteinahme für eine politische Richtung vorgeworfen hätte. Gerade dies soll eine Gewerkschaft aber nach ihrer Satzung nicht tun. Im Übrigen fehlt für den öffentlichen Dienst auch das passende Alternativprogramm auf der Seite der noch amtierenden Bundesregierung.

Baden-Württemberg ist seit Jahren das sicherste Bundesland. Dies ist unbestritten ein Verdienst seiner Polizei. Professionalität und ein enorm hohes Ansehen in der Bevölkerung sind neben einer großartigen Leistungsbilanz die herausragenden Kennzeichen unserer bürgernahen und bürgerorientierten Polizeiarbeit.

Viel Lob, aber wenig Brot!

Dafür erhält die Polizei von allen Seiten „Lob, Dank und Anerkennung“, aber dafür kann man sich nichts kaufen! Die baden-württembergische Landesregierung hat auch im letzten Koalitionsvertrag der Polizei einiges versprochen. Ein Großteil davon ist noch offen. Auch die nach dem Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten verkünde-

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

ten (kostenneutralen) Verbesserungen für die Polizei ändern nichts daran, dass die Polizei in diesem Bundesland im Vergleich zu vielen anderen Bundesländern immer noch deutlich schlechter bewertet wird. Dies ist nicht länger akzeptabel und zerstört die Motivation der Kolleginnen und Kollegen – dazu kommt jetzt der reale Verlust an Einkommen. Wenn, wie gestern zu hören war, jetzt weitere 40 Millionen Euro an Personalkosten im Landeshaushalt eingespart werden sollen, dann muss man noch einiges befürchten.

Die nächste Wahl ist schon in Sicht!

Wir werden also gespannt die weitere Entwicklung abwarten und uns dann für die im März 2006 folgende Landtagswahl rechtzeitig positionieren. Auf Rotgrün kann unsere Landesregierung dann wohl nicht mehr zeigen, wenn nicht alles so läuft wie versprochen, erhofft oder nur erträumt?!

*Josef Schneider,
Landesvorsitzender*

TAUSCH

PK aus Hamburg sucht ab Dezember 2005 Tauschpartner, gehobener/mittlerer Dienst, im Raum Ulm oder Stuttgart. Wohnung im Bedarfsfall vorhanden. Auch Ringtausch möglich. Telefon 01 79-9 08 60 50 oder goko@freenet.de

EINLADUNG

Die KG Zollernalb wird ihre Jahreshauptversammlung am 7. 11. 2005, 17.00 Uhr, in der Gaststätte Museum in Hechingen abhalten. Als Teilnehmer begrüßen wir u. a. den Vorsitzenden der GdP, Koll. Jupp Schneider. Wie in jedem Jahr wird es auch dieses Mal ein kostenloses Abendessen geben.

REDAKTIONSSCHLUSS

Bitte beachten:

Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Baden-Württemberg im „November 2005“ ist Freitag, der 7. Oktober 2005 und für die „Dezember-Ausgabe 2005“ Montag, der 7. November 2005.



Ausgabe:

Landesbezirk Baden-Württemberg

GdP-Geschäftsstelle:

Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen
Telefon (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse:
info@gdp-bw.de
Internet: <http://www.gdp-bw.de>

Sozialwerk der Polizei:

Telefon: (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 22
Tonbandansage „Heißer Draht“ für kurzfristige Reisen oder Sonderangebote (0 70 42) 8 79-2 60
E-Mail-Adresse:
Info@psw-reisen.com
Internet: <http://www.psw-reisen.com>

Redaktion:

Wolfgang Schmidt (Vi.S.d.R.)
Bezirkspersonalrat der Polizei,
Neckarstr. 195, 70190 Stuttgart,
Telefon dienstlich: (07 11) 92 29-26 00
privat: (0 71 71) 6 13 85
Telefax: (0 71 71) 6 95 26
E-Mail: wschmi@t-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-2 22
Anzeigenleiter: Michael Schwarz
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29 vom 1. Januar 2005

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381

Sport tut der Polizei gut.

BEWEG DICH!

AKKU LADEN!

DEUTSCHER SPORTBUND

PERSONALRATSWAHLEN-EXTRA

Seit vielen Jahren bin ich auf verschiedenen Ebenen als Personalvertreter engagiert. Viel hat sich in dieser Zeit in der Polizei verändert und dieser Prozess dauert an, ja, ich habe den Eindruck, er beschleunigt sich immer mehr. Für die Polizeibeschäftigten bleibt kaum Zeit, die letzte Reform zu verdauen und sich damit auseinander zu setzen, schon kommt die nächste. Da ist die Reorganisation der Polizei noch nicht einmal abgeschlossen, schon wird der Polizei mit der Verwaltungsreform eine weitere tief greifende Reform aufgezwungen, mit all den belastenden Faktoren für die Betroffenen. Und dies alles wird begleitet durch die Übertragung neuer Aufgaben und permanenten Veränderungen in den Arbeitsabläufen. Überspitzt formuliert heißt das, was heute noch richtig war, ist morgen falsch. Lebenslanges Lernen ist eine Selbstverständlichkeit. Sich schnell auf eine geänderte Situation einzustellen, sie zu verinnerlichen und danach zu handeln ist die Wirklichkeit. Wer nicht flexibel reagiert und sich nicht schnell umstellt, verliert den Anschluss und bleibt auf der Strecke. Fortbildung ist in Zeiten permanenter Kürzungen im Polizeietat eher ein Fremdwort als ernst genommener Wille des Dienstherrn, seine Beschäftigten mit Neuerungen vertraut zu machen und zu schulen. Der Leistungsdruck steigt, die Einsätze bei Großereignissen werden immer anstrengender und ein Ende dieser Entwicklung ist nicht abzusehen, im Gegenteil, das Großereignis Fußballweltmeisterschaft 2006 wird uns an die Grenzen unserer Leistungsfähigkeit führen. Ich will gar nicht darüber spekulieren, was passiert, wenn sich die Londoner Ereignisse bei uns wiederholen. Und das alles vollzieht sich vor dem Hintergrund eines Personalabbaus bei der Polizei, wie er bisher noch nicht da war.



Wie das alles von jedem Einzelnen bewältigt werden soll, bleibt die große offene Frage.

Eines ist aber auch klar, wer Leistung verlangt, muss diese auch angemessen bezahlen. Da jedoch klaffen Anspruch und Wirklichkeit weit auseinander. Dies immer wieder zu formulieren und auf den Punkt zu bringen, sehe ich als eine der zentralen Aufgaben eines engagierten Gewerkschafters und Personalrates. Allen Führungspersonen in der Polizei und allen Politikern, die sich zumindest ein wenig für die Polizei interessieren, ist bekannt, wie die Polizei vor allem im mittleren Dienst aufgestellt ist und wie sich bis jetzt die Wartezeiten bis zu einer Beförderung entwickelt haben und wie sie sich in nächster Zukunft weiter entwickeln werden. Mit beruflichen Perspektiven hat das nichts mehr zu tun.



Alle Betroffenen spüren im Geldbeutel doch sehr genau, dass von Karrierechancen im mittleren Dienst keine Rede mehr sein kann. Das zu ändern und eine angemessene berufliche Perspektive auch im mittleren Dienst wieder zu schaffen und zu sichern, ist eine Aufgabe der nächsten Jahre, für die ich mich ganz besonders einbringen und engagieren will. Einen ersten leichten Hoffnungsschimmer in diese Richtung ist in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Oettinger enthalten, der einen atmenden Stellenplan ins Gespräch gebracht und die Fortführung des W8-Lehrganges angekündigt hat. Daran müssen wir anknüpfen. Die Fortführung von W8 ist ja zwischenzeitlich vom Kabinett beschlossen worden, ein erster Schritt in die richtige Richtung, fehlt noch der atmende Stellenplan. Lasst ihn uns beatmen, damit er zum Leben erweckt wird! Vielleicht muss er auch „zwangsbeatmet“ werden, damit er lebt, egal, Hauptsache er lebt und atmet und entfaltet seine wohlthuende Aura in Form von Beförderungsmöglichkeiten.



NIE WAR WÄHLEN SO WICHTIG WIE HEUTE.

Ein Lob für gute Arbeit tut zwar gut, aber eine verlässliche berufliche Entwicklung für alle, die diese gute Arbeit erbringen, ist auch eine gute Sache und würde die Binnenkonjunktur fördern, die immer noch am Boden liegt. In diesem Sinne wäre das sogar eine doppelt gute Sache. Die aber kostet Geld. Dass dieses bereitgestellt wird, dafür will ich mich, wollen wir uns, einsetzen.

Ich werbe um eure Stimme.

Karl-Heinz Strobel



Mein Name ist Gabriele Troschke, 42 Jahre. Nach meiner Ausbildung zur Rechtsanwaltsgehilfin übte ich diesen Beruf bis zur Geburt meines zweiten Kindes aus. Nach der Baby-Pause begann ich im Februar 1994 als Angestellte im Schreibdienst beim Bereitschaftspolizeipräsidium Baden-Württemberg (BPP BW). Seit Januar 1996 führe ich das Geschäftszimmer des

Bezirkspersonalrats beim BPP BW. Aufgrund dieser Tätigkeit habe ich seit Jahren Einblick in den gesamten Geschäftsablauf des Bezirkspersonalrats.

Mit Hilfe der von der GdP angebotenen Seminare, wie z. B. Kommunikation am Arbeitsplatz, Mobbing, Tarif- und Frauenseminare, habe ich bereits umfangreiche Kenntnisse im Bereich der Arbeitnehmer-Vertretung erworben.

Für die Personalratswahlen stelle ich mich als Kandidatin für den Örtlichen Personalrat des BPP BW, den Bezirkspersonalrat beim BPP BW und den Hauptpersonalrat des Landes Baden-Württemberg als Angestellten-Vertreterin zur Verfügung.

Aufgrund meiner langjährigen Berufserfahrung als Angestellte sind mir die Probleme im Tarifbereich nicht fremd.

Maßgeblich für meine Kandidatur war, dass die Arbeit im Tarifbereich aufgrund der zurzeit anstehenden Probleme (Tarifverhandlungen, Kürzung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes, Arbeitszeiterhöhung usw.) immer wichtiger wird.

Für die kommenden Personalratswahlen bitte ich um Ihr Vertrauen.



Mach(t) Dich stark!

PERSONALRATSWAHLEN 2005

Verwaltungsbeamte weiterhin das fünfte Rad am Wagen!?

Seit 26 Jahren bin ich als Verwaltungsbeamter bei der Polizei tätig.

Zuerst im Personalbereich und seit der Reorg im Haushalts- und Gebäudemanagement eingesetzt.

Seit jener Zeit hatte ich schon immer mit einer schlanken Verwaltung zu tun. Denn die Personaldecke war und ist immer noch dünn. Dabei war die Polizei Ende der 90er Jahre ganz nahe an der tatsächlichen Entlastung des Polizeivollzugsdienstes von voll-

zugsinadäquaten Aufgaben. Und die Stärkung der Kreisenebene durch Aufgaben- und Kompetenzverlagerung deuteten zunächst in die richtige Richtung.

Doch heute – weit gefehlt !!!!!!!!!!!!!!!

Die Effizienzrendite hat überwiegend der Nichtvollzugsbereich zu tragen, und dies trifft wiederum die geschwächte Verwaltung (Kurier- und Pfortendienste machen in Zukunft leider wieder die Leute im PVD in Bes.Gr. A9 bis A11 – wo bleibt denn da die Wirtschaftlichkeit).





Wir Verwaltungsbeamte wollen notwendige Reformen, aber nicht nur markige Sprüche und betriebswirtschaftliche Worthülsen. Selbst der Rechnungshof bemängelt, dass immer noch kein Konzept für die Verwaltungsbeamten der Polizei entwickelt worden ist, das sich neben Besoldungsverbesserungen auch mit der Frage auseinandergesetzt hat, wo Verwaltungstätigkeiten des PVD verstärkt und kostengünstiger durch den allgemeinen mittleren oder gehobenen Verwaltungsdienst erledigt werden können.

Alle Polizeibeschäftigten können nur gute Dienstleister sein, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Hierzu gehört vorrangig die Ausgestaltung der Arbeitsplätze und deren Umfeld.

Es genügt nicht, Arbeitschutzausschüsse zu installieren, Mängel festzustellen und dann dringend notwendige Grundausstattungen mangels Finanzierungsquelle auszusetzen. Dass im Haushaltsplan der Landespolizei lediglich rd. 150.000 € für die Durchführung des Arbeitsschutzgesetzes bereitgestellt sind, lässt den Stellenwert bereits hier nur aus monetärer Sicht erkennen.

Martin Peuthert



... MUSS FÜR ALLE UND ALLES EIN OFFENES OHR HABEN.

Warum gibt es Personalräte/innen?

Seit 1985 gehöre ich als Angestelltenvertreterin dem örtlichen Personalratsgremium bei der Polizeidirektion Offenburg an, seit Mai 1989 bin ich stellvertretende Vorsitzende und seit 2001 wurde ich in den Hauptpersonalrat der Polizei beim Innenministerium gewählt.



Meine Kolleginnen und Kollegen haben mich vor vielen Jahren gebeten, mich

für die Personalratswahlen als Kandidatin zur Verfügung zu stellen, weil in dieser Zeit bereits manche Anweisungen und Anordnungen nicht dem Tarifvertrag entsprachen bzw. gegen arbeitsrechtliche Bestimmungen verstoßen wurde und ich darauf aufmerksam machte.

Obwohl ich zu dem Zeitpunkt keinem Gremium angehörte und ich ihnen den einen oder anderen Tipp geben konnte, lag es nahe, dass ich mich zur Wahl stellte und prompt gewählt wurde.

Zu den Aufgaben einer Personalrätin gehören eine solide, gründliche Schulung im Landespersonalvertretungsgesetz sowie die Aneignung und Vertiefung von Fachkenntnissen im Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht.

Wie in den letzten Monaten von den Politikern und den Arbeitgebern mit dem Personal umgegangen wird, belegt eindeutig, dass Betriebs- bzw. Personalräte eine wichtige Institution sind. Manche Entscheidungen der Arbeitgeber wurden abgemildert bzw. konnten verhindert (z. B. betriebsbedingte Kündigungen) werden.

Ich möchte nur an die Befristung von Arbeitsverträgen für Aushilfsangestellte erinnern. Wie viele Gespräche und Telefonate wurden geführt, befristet Beschäftigte, die sich an mich wandten, mussten getröstet werden.

Mit dem erzielten Ergebnis können wir umgehen. Es gäbe noch eine ganze Reihe von Beispielen (Schichtdienst, Zusatzurlaub, Elternzeit, Arbeitszeit u.v.a.m.), in denen sich die Personalräte sehr stark für die Kolleginnen und Kollegen eingesetzt haben und für alle Seiten ein befriedigendes Ergebnis erzielen konnten. Deshalb möchte ich alle Kolleginnen und Kollegen, die mir bisher ihr Vertrauen geschenkt haben, auffordern und bitten, zur Wahl zu gehen.

Eure Christina Falk

Liebe Kollegen und Kolleginnen!

In den letzten Ausgaben konnte über viele Bereiche der Polizei gelesen werden. Ich möchte es nicht versäumen, aus den Reihen der Bereitschaftspolizei ein paar Themen anzusprechen, für die sich die GdP einsetzt. Persönlich setze ich mich, als Verantwortlicher im Geschäftsführenden Landesvorstand, dafür ein, dass diese Ziele nicht aus den Augen verloren werden.

Da geht es zum einen, wie meistens, ums Geld. Es ist schon ein leidiges Thema, dass es für die Beschäftigten in den Einsatzabteilungen keine Zulage gibt, die ein angemessener Ausgleich für die fehlende Wechselschichtzulage wäre. Die Wechselschichtzulage wurde eingeführt, damit es einen finanziellen Ausgleich zu diesem belastenden Dienst gibt. Somit ist nicht einzusehen, dass unsere Beschäftigten in den Einsatzabteilungen der Bereitschaftspolizei eine solche Zulage nicht erhalten sollen, da der Dienst noch unregelmäßiger und somit gesundheitsfeindlicher ist als der geregelte Wechselschichtdienst. Ich bzw. wir werden mit Nachdruck bei diesem Thema am Ball bleiben, damit ein längst überfälliger Ausgleich von den Verantwortlichen umgesetzt wird.

In Folge der o. a. Einsatzzeiten und Einsatzkonzeptionen geht auch eine hohe Arbeitsbelastung hervor. Wenn eine Zielvereinbarung getroffen worden ist, dass 70 % Einsatzauslastung erreicht werden soll, muss sich keiner damit rühmen, dass er die 70 % überschreitet und damit zum Ausdruck bringen möchte, dass besonders gut gearbeitet wird.

Mehr als 70 % bedeutet: Ausfall von Fort- und Weiterbildung, weniger Möglichkeiten, die angefallenen Mehrarbeitsstunden abzubauen, weniger oder fast gar kein Spielraum mehr für eine individuelle, planbare Freizeitgestaltung und vieles mehr.

Aus meiner Sicht heraus sollten somit die gelobt werden, die die 70 % einhalten, und nicht die, die sie überschreiten.

Gleich so verhält es sich bei den Fachlehrern der Polizeischulen. Da wird immer so getan, als wenn es Fachlehrer im Überschuss gäbe, die nur darauf warten, beschäftigt zu werden. Hier würden Gespräche mit den Betroffenen selbst ein ganz anderes Bild ergeben. Als langjähriges Mitglied im Bezirkspersonalrat bekommt man immer wieder zu hören, dass die Auslastung der Fachlehrer sehr unterschiedlich ist. Die einen können oder wollen nicht auf bestimmte Unterrichtsfächer verzichten, während



andere zu allen möglichen Aufgaben herangezogen werden, weil die „normale“ Unterrichtszuteilung nicht ausreicht, die geforderte Arbeitszeit zu erbringen.

Überschattet werden die Entwicklungsprozesse durch ein ständiges Auf und Ab bei den Einstellungszahlen. Es war die GdP, die schon vor vielen Jahren berechnet hatte, dass man mindestens 500 Neueinstellungen pro Jahr vollziehen müsste, um den drohenden Zusammenbruch des Personalkörpers auffangen zu können. Schon damals wurde uns auf die Schultern geklopft und lobende Worte hörte man zu der Ausarbeitung. Nur ein Argument haben alle gleich parat gehabt: „Der Weg wäre richtig, nur das Geld dazu fehlt.“

Um diese und andere Defizite immer wieder in die Maschinerie der Entscheidungsträger hineinragen zu können, möchte ich um eure Stimme bei den Personalratswahlen auf allen Ebenen (HPR, BPR und ÖPR) werben. Es ist wichtiger denn je, dass die Bereitschaftspolizei insbesondere im Hauptpersonalrat von Personalräten vertreten wird, die hinter der Bereitschaftspolizei stehen und den Mut haben, eure Belange sachgerecht, aber konsequent zu vertreten. In jedem Fall bitte ich euch, GEHT ZUR WAHL!

Hans-Jürgen Kirstein
Mitglied im GLV, BPR und ÖPR



Mach(t) Dich stark!

PERSONALRATSWAHLEN 2005

Ihr Zugang zu einer günstigeren Welt...



Silvester in Prag

Feiern Sie Silvester im Herzen Europas
 Busreise vom 29.12.05 bis 02.01.06

Die Stadt der Türme, Kuppeln und Brücken präsentiert sich in Barocker Pracht und verbirgt abseits vom Hradshin und Königsweg noch so manches Geheimnis in ihren stillen Winkeln und Gassen. Lernen Sie die berühmte Altstadt und den Hradshinplatz kennen und erleben Sie die kulturelle Seite dieser wunderschönen Stadt. Feiern Sie mit Tanz und einem bunten Unterhaltungsprogramm in das neue Jahr hinein.

Reiseverlauf:

- 29.12.05** Busanreise ab Karlsruhe und Stuttgart nach Prag. Zimmerbezug in Ihrem 4-Sterne-Hotel und Abendessen.
30.12.05 Nach dem Frühstück zeigt Ihnen die örtliche Stadtführerin die wunderschöne Altstadt von Prag. Der Nachmittag steht Ihnen zur freien Verfügung. Abends haben Sie die Möglichkeit (fakultativ) die „Fledermaus“ in der Prager Staatsoper zu besuchen.

- 31.12.05** Heute geht es nach dem Frühstück zum Hradshinplatz, wo sich die Prager Burg befindet, heutiger Amtssitz des Präsidenten der Republik. Natürlich besuchen wir auch das „Goldene Gässchen“ (dieser Eintritt ist inkl.). Der Nachmittag steht zur freien Verfügung. Bummeln Sie nochmals durch die Altstadt oder sammeln Sie neue Kräfte für die Silvesterfeier mit Tanz- und Unterhaltungsprogramm.
01.01.06 Nach einem ausgiebigen Frühstück steht Ihnen der Tag zur freien Verfügung. Nach dem Abendessen erleben Sie ein Neujahrskonzert im Smetana-Saal des Obecní. Beginn 19.30 Uhr
02.01.06 Leider heißt es heute schon wieder Abschied nehmen. Der Bus bringt Sie zurück zu Ihrem Abfahrtsort nach Stuttgart oder Karlsruhe.

Leistungen:

- Fahrt im modernen Fernreisebus
- 4 x Übernachtung mit Frühstück
- 3 x Halbpension
- 1 x halbtägige Führung durch die Prager Altstadt ohne Eintritt
- 1 x halbtägige Führung auf dem Prager Burgberg inklusive Eintritte für das Goldene Gässchen
- Silvesterfeier inkl. Tanz und Unterhaltungsprogramm
- PSW-Reisebegleitung

Preise:

Doppelzimmer je Person

678,00 Euro



Große Weihnachts- und Silvesterkreuzfahrt

23. Dezember 2005 bis 06. Januar 2006

15-tägige Kreuzfahrt mit der COSTA MARINA

Erleben Sie mit uns die katalanische Metropole Barcelona, das aufregende und quirlige Casablanca, die Kanaren und die immergrüne Insel Madeira mit dem grandiosen Silvester-Feuerwerk. Die älteste Stadt Europas, Cadix, sowie Malaga und der sogenannte „Affenfelsen“ von Gibraltar runden diese Weihnachts- und Silvester-Kreuzfahrt ab.

Die COSTA MARINA ist ein Kreuzfahrtschiff der „neuen Generation“ und wird der gehobenen Klasse zugerechnet. Der großzügige Einsatz von Glas macht sie auf den Meeren unverwechselbar. Trotz ihrer erstaunlichen Ausmaße kreuzt die Costa Marina mit maximal 860 Passagieren an Bord. Sie können jederzeit, auch außerhalb Ihrer Kabine, für sich sein, wenn Sie Ruhe haben möchten oder aber aktiv an den vielen Veranstaltungen tagsüber teilnehmen.

Weit, sehr weit vom Alltag entfernt, packen Sie Ihre Koffer aus – und bis zum Ende der Reise nicht wieder ein. Lassen Sie sich verwöhnen, angefangen bei den großzügigen Kabinen, feinen Mahlzeiten mit einem vorzüglichen Service sowie einem abgerundeten, anspruchsvollen Programm bei den Landausflügen.

Fahrplan:

Tag	Hafen	Ankunft	Abfahrt
23. Dezember	Savona / Italien		17:00
24. Dezember	Barcelona / Spanien	13:00	19:00
25. Dezember	Urlaubstag auf See		
26. Dezember	Casablanca / Marokko	08:00	21:00
27. Dezember	Agadir / Marokko	13:00	18:00
28. Dezember	Arrecife / Lanzarote	08:00	18:00
29. Dezember	Las Palmas / Gran Canaria	09:00	19:00
30. Dezember	St. Cruz de Tenerife / Teneriffa	08:00	18:00
31. Dezember	Funchal / Madeira	08:00	22:00
01. Januar	Urlaubstag auf See		
02. Januar	Cadiz / Spanien	09:00	19:00
03. Januar	Malaga / Spanien	08:00	19:00
04. Januar	Gibraltar / Großbritannien	08:00	13:00
05. Januar	Urlaubstag auf See		
06. Januar	Savona / Italien	10:00	

Reisepreis pro Person
 (2-Bett-Innenkabine):

ab 1.660,00 Euro

Fordern Sie unsere ausführlichen Unterlagen an!
 Wir beraten Sie gerne!



Körperschutzausrüstung leicht?

Aufgrund der Bekanntmachungen hinsichtlich der Aktivitäten für die leichten Körperschutzausrüstungen haben zahlreiche Kolleginnen und Kollegen der Alarmhundertschaften sowie Gruppenführer und Zugführer bei uns nachgefragt. Die GdP befürwortet die Mischausstattung, d.h., die bereits beschafften schweren Körperschutzausrüstungen sollen selbstverständlich beibehalten werden, die leichten KSA zusätzlich beschafft werden.

Die Materialbeschaffenheit der leichten KSA lässt eine schnelle Desinfektion zu, so dass ein anderer Kollege die leichte KSA am nächsten Tag beruhigt tragen kann. Dies würde eine weitere finanzielle Erleichterung darstellen. Die größte finanzielle Erleichterung stellt allerdings der Kaufpreis dar. Die leichte kostet rund ein Viertel vom dem, was für die schwere zu zahlen ist.

Erfahrungsberichte

Es liegen zahlreiche Erfahrungsberichte vor, die die leichte KSA als durchaus geeignet einstufen. Andere Bundesländer

haben diese auch für ihre Einsatzkräfte beschafft.

Zudem sind wir der Meinung, wenn man seitens des IM den Dienststellen zur Beschaffung der KSA keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung stellt und diese auf das eigene Budget verweist, dann sollten diese auch bestimmen können, was im Rahmen der Tauglichkeit beschafft wird, getreu dem Motto: Wer die Musik bezahlt, bestimmt auch die Lieder.

Eine GdP-Vertretung hat sich die Unterschiede einmal klar erläutern lassen. Dies wurde durch den Kreisgruppenvorsitzenden der GdP Mannheim, Thomas Mohr, und seinen Stell-



V. l. n. r.: Udo Hampel, Peter Übelhör, Thomas Mohr, Rüdiger Seidenspinner, Hans Hilgers.

vertreter Peter Überhör ermöglicht. Der stellv. Landesvorsitzende Rüdiger Seidenspinner, Kollege Hans Hilgers vom PP Karlsruhe und Udo Hampel, Kreisgruppenvorsitzender aus Pforzheim (allesamt Mitglieder des Bezirkspersonalrats Karlsruhe), ließen sich die Unterschiede nicht nur erklären, sondern auch vorführen.

Rüdiger Seidenspinner am Schluss der Demonstration: Die Vorteile überwiegen und wenn wir davon ausgehen, dass die WM hauptsächlich ein sportliches Event der Superlative sein wird, bei dem es u. U. hier und da Ausschreitungen geben kann, hat die leichte KSA alle Pluspunkte auf ihrer Seite.

R. S.

TAGUNG

Fachtagung „Frauenstärken“

Am 11. 7. 05 fand im DGB-Haus in Stuttgart die 11. Fachtagung „Frauenstärken“ unter den Schwerpunktthemen Antidiskriminierungs- und Chancengleichheitsgesetz statt. 140 Frauenvertreterinnen sowie Gäste aus der Landes- und Bundespolitik waren vor Ort, um sich insbesondere über die Neuerungen im Entwurf zum Chancengleichheitsgesetz zu informieren.

Brigitte Unger-Soyka (Abteilungsleiterin Gleichstellung im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) und Anne Jenter (GEW-Hauptvorstand) referierten am Vormittag zum aktuellen Sachstand in Bezug auf das Antidiskriminierungsgesetz (ADG).

Auch wenn das ADG vom Bundesrat in den Vermittlungsausschuss verwiesen wurde und nun aufgrund der politischen La-

ge wahrscheinlich der so genannten Diskontinuität zum Opfer fällt, ist die jetzige oder die neue Bundesregierung auf jeden Fall gezwungen, einen Gesetzesentwurf einzubringen, da die EU-Richtlinien zur Antidiskriminierung zwingend umgesetzt werden müssen. Sollte die EU ein Strafverfahren wegen Nichtumsetzung in Gang setzen, könnte die Bundesrepublik zu bis zu 300 000 Euro Strafgeld pro Tag

der Nichtumsetzung verurteilt werden. Im Übrigen ist das „Geschrei“ in Deutschland zum ADG nicht nachvollziehbar, so Frau Unger-Soyka, da bereits 14 Länder der EU ein entsprechendes Antidiskriminierungsgesetz verabschiedet haben, ohne Schaden zu nehmen. Wir sehen also, ein Antidiskriminierungsgesetz wird kommen, wenn auch vielleicht in etwas anderer Form.

Traditionell fanden am Vormittag auch wieder die Workshops der veranstaltenden Gewerkschaften statt. Der GdP-Workshop, unter Leitung von Dagmar Hölzl, wurde in diesem Jahr dazu verwandt, den Kolleginnen aus dem Polizeibereich das Chancengleichheitsgesetz im Detail zu erläutern, Änderungen

zu diskutieren, aber auch Kritik am Entwurf zu formulieren.

Diese Kritik wurde bei der am Nachmittag stattfindenden Podiumsdiskussion auch sofort an die Politiker/innen weitergegeben.

Wolfgang Drexler, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, und Brigitte Lösch, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, kritisierten beim Podiumsgespräch dann auch den Entwurf des Chancengleichheitsgesetzes wegen mangelnder Fortschritte bei der Frauenförderung, während Dr. Ulrich Noll, der FDP-Fraktionsvorsitzende, und Dr. Monika Stolz, stv. CDU-Fraktionsvorsitzende, sowie Johanna Lichy, die Frauenbeauftragte der Landesregierung, den Gesetzesentwurf vehement verteidigten.

Dagmar Hölzl
Landesfrauenvorsitzende